

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses (IGUA/X-
007/2017)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 10.05.2017, 15:05 Uhr bis 17:09 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
2.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
2.1.	Gründung eines weiteren Medizinischen Versorgungszentrums mit Fachrichtung Gynäkologie über das Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH in Groß-Umstadt Vorlage: 0728-2017/DaDi
2.2.	Masterplan 2020+ Vorlage: 0748-2017/DaDi
2.2.1.	Masterplan 2020+ - Änderungsantrag Die Linke Vorlage: 0823-2017/DaDi
2.2.2.	Masterplan 2020+ - Änderungsantrag CDU Vorlage: 0827-2017/DaDi
2.3.	Förderung von "Elektromobilität im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit seinen 23 kreisangehörigen Kommunen" Vorlage: 0776-2017/DaDi
2.4.	Odenwaldbahn 2.0 - Antrag FW-PP Vorlage: 0793-2017/DaDi
2.5.	Entlastung der Straßen durch erweitertes ÖPNV-Angebot - Antrag FW-PP Vorlage: 0794-2017/DaDi

2.6.	Gründung eines weiteren medizinischen Versorgungszentrums über das Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH in Groß-Umstadt Vorlage: 0809-2017/DaDi
3.	Kenntnisnahmen
3.1.	Vierteljahresbericht des III. Quartals 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0554-2016/DaDi
3.2.	Vierteljahresbericht des IV. Quartals 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0666-2017/DaDi
3.3.	K 116 Fahrbahnerneuerung zwischen Otzberg, Ortsteil Ober-Klingen und Höchst, Ortsteil Hassenroth Vorlage: 0682-2017/DaDi
3.4.	K 128 Fahrbahnausbau in der Ortsdurchfahrt (OD) von Roßdorf, Ortsteil Gundershausen Vorlage: 0698-2017/DaDi
3.5.	Ausschreibungspflicht bei Kreisstraßenverträgen Vorlage: 0717-2017/DaDi
3.6.	Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden Vorlage: 0771-2017/DaDi
3.7.	Reform der Pflegeberufe Vorlage: 0799-2017/DaDi
4.	Schulbauprojekte
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Dr. Mathias Göbel	
Herr Axel Goldbach	
Frau Margrit Herbst	
Frau Gudrun Kirchhöfer	
Herr Clemens Laub	
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	
Herr Heiko Handschuh	
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Herr Maximilian Schimmel	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	Vertreter für Abg. Streicher-Eickhoff, Marianne
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der AfD	
Herr Eduard Neudert	Vertreter für Abg. Seiler, Ulf
Fraktion der FDP	
Herr Horst Schultze	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	Vertreter für Abg. Prochaska, Karl-Heinz
Fraktion von Die Linke	
Herr Simon Wedemeyer	Vertreter für Abg. Deistler, Martin
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Prochaska	
Herr Siegfried Sudra	
Frau Bärbel van Dijk	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	bis TOP 2.3 (16:37 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 2.3 (16:43 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	bis TOP 2.3 (16:48 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Frau Kreisbeigeordnete Christiane Krämer	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	bis TOP 2.4 (16:55 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 2.4 (16:51 Uhr)
beratende Mitglieder	
Herr Harald Kuiken	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	
Frau Nicole Hantsche	
Herr Michael Hutterer	

Anwesende	
Herr Rainer Leiß	
Frau Cathrin Lorenz	
Frau Pelin Meyer	
Herr Steffen Petry	
Herr Thomas Raab	
Frau Annika Schmid	
Herr Dr. Martin Schunck	
Frau Cornelia Schuster	
Frau Ute von Massow	
Gäste	
Herr Michael Wiebelt	bis TOP 2.3 (16:29 Uhr)

Abwesende	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Fraktionsvorsitzende Marianne Streicher-Eickhoff	
Fraktion der AfD	
Herr Ulf Seiler	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Martin Deistler	

Stellvertretender Vorsitzender Schultze stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er weist auf die als Tischvorlage verteilten Vorlagen hin. **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** schlägt vor, Vorlage-Nr. 0823-2017/DaDi als Tagesordnungspunkt 2.2.1, Vorlage-Nr. 0809-2017/DaDi als Tagesordnungspunkt 2.6 und Vorlage-Nr. 0799-2017/DaDi als Tagesordnungspunkt 3.7 mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Er stellt fest, dass sich von Seiten des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses hiergegen kein Widerspruch erhebt. **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** teilt mit, dass ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu Vorlage-Nr. 0748-2017/DaDi vorliegt und schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 2.2.2 (Vorlage-Nr. 0827-2017/DaDi) auf die Tagesordnung zu nehmen. Er stellt fest, dass sich von Seiten des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
In Bezug auf Tagesordnungspunkt 2.6 schlägt **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** vor, entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses zu verfahren und den Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten. **Abg. Handschuh** (CDU) stellt den Antrag, die Vorlage öffentlich zu beraten. Nach ausführlicher Diskussion lässt **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** über das weitere Verfahren abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass der Tagesordnungspunkt 2.6 mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP, gegen die Stimmen der AfD und bei

Enthaltungen von Die Linke und der Freie Wähler-Piraten öffentlich beraten und beschlossen wird.

4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 6. Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Cathrin Lorenz.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Herr Dahmen berichtet über den aktuellen Sachstand bei den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 0728-2017/DaDi

Aktenzeichen: 510-003

Betreff: **Gründung eines weiteren Medizinischen Versorgungszentrums mit Fachrichtung Gynäkologie über das Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH in Groß-Umstadt**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Landrat Schellhaas und **Frau Meyer** geben weitere Erläuterungen und beantworten Fragen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH (im Folgenden MVZ-GmbH) gründet frühestens zum 01.10.2017 in der Krankenhausstraße 13, Groß-Umstadt als neue Betriebsstätte ein Medizinisches Versorgungszentrum nach § 95 SGB V bestehend aus der Fachrichtung Gynäkologie mit 1,5 Zulassungen.
2. Die MVZ GmbH erwirbt die gynäkologische Einzelpraxis von Frau Andrea Wagner aus Groß-Umstadt. Der Kaufpreis für den Vertragsarztsitz beläuft sich insgesamt auf Euro 110.000,00. Die erforderlichen Mittel zum Ankauf der Praxisanteile in Höhe von insgesamt Euro 110.000,00 werden im Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2017 der MVZ-GmbH (Gesellschafterversammlung am 21.03.2017) beantragt. Die Finanzierung erfolgt über die Aufnahme eines Darlehens. Eine entsprechend benötigte Ausfallbürgschaft für ein Darlehen, welches auch die Kosten für den gynäkologischen Vertragssitz in Höhe von 110.000,00 € beinhaltet, soll seitens des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Verfügung gestellt werden. Der entsprechende Kreistagsbeschluss erfolgt voraussichtlich im September 2017.
3. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wird gem. § 95 Abs. 2 SGB V als Gesellschafter des MVZ eine selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung für Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen gegen das medizinische Versorgungszentrum aus dessen vertragsärztlicher Tätigkeit abgeben. Die anliegende Bürgschaft wird im Wortlaut beschlossen:

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: KKH Eigenbetrieb „Kreiskliniken“

Investitionsmaßnahme: Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums über den Eigenbetrieb „Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg“

Auszahlungen	2017	2018	2019
(Finanzhaushalt)	110.000,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 0748-2017/DaDi

Aktenzeichen: 033-001

Betreff: **Masterplan 2020+**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Herr Leiß erläutert die bisherige Vorgehensweise. **Herr Wiebelt** von der Firma M.O.O.CON GmbH stellt drei Varianten zur Umsetzung des Masterplans 2020+ vor.

Beschlussvorschlag:

1. Der Standort der Kreisverwaltung des Landkreises Darmstadt-Dieburg in Darmstadt/Kranichstein wird gemäß dem im Masterplan 2020+ skizzierten Szenario II weiterentwickelt.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt,
 - a. zur weiteren Ausgestaltung einen Architektenwettbewerb durchzuführen und
 - b. für das Jahr 2018 die notwendigen haushaltsrechtlichen Vorbereitungen zu treffen, um auf Grundlage der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs mindestens mit dem Abriss und der Neuerrichtung des Traktes 5 beginnen zu können.
3. Die über den Architektenwettbewerb hinausgehende Umsetzung steht grundsätzlich unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Bereitstellung der Mittel durch den Kreistag über noch zu beschließende Haushaltspläne und der dafür erforderlichen Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
4. Der Kreistag ist fortlaufend über den Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.2.1.

Vorlage-Nr.: 0823-2017/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Masterplan 2020+ - Änderungsantrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Masterplan 2020+ wird nur weiterentwickelt,
 - wenn alle Möglichkeiten der Dezentralisierung von Darmstadt Kranichstein in den Ostkreis des Landkreises geprüft wurden
 - wenn alle evtl. entstehenden Kosten des Masterplanes 2020+ baulicher wie planerische Tätigkeiten dem Kreistag vorliegen
 - wenn formuliert ist in welcher Art und Weise der Stellenplan von derzeit 800 auf 1200 Stellen wachsen soll.
2. Auf einen Architektenwettbewerb zur weiteren Ausgestaltung der evtl. Baumaßnahme wird verzichtet. Architektonischer Aufwand ist durch Eigenleistungen zu erbringen.
3. Unverändert
4. Unverändert

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.2.2.

Vorlage-Nr.: 0827-2017/DaDi

Aktenzeichen: 033-001

Betreff: **Masterplan 2020+ - Änderungsantrag CDU**

Beschluss: **abgelehnt**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 0776-2017/DaDi

Aktenzeichen: 792-001

Betreff: **Förderung von "Elektromobilität im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit seinen 23 kreisangehörigen Kommunen"**Beschluss: **ungeändert beschlossen****Landrat Schellhaas** gibt weitere Erläuterungen und beantwortet Fragen.**Beschlussvorschlag:**

Zur Förderung der Elektromobilität beabsichtigt die Entega AG, im Rahmen eines Projektes "E-Mobilität für Südhessen", in den südhessischen Kommunen 100 Elektroladesäulen zu errichten. Das Projekt wird durch das Land Hessen gefördert.

Auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg befürwortet die Förderung von Elektromobilität und beteiligt sich an der Umsetzung des Projektvorhabens wie folgt:

1. Die 23 kreisangehörigen Kommunen erhalten im Rahmen dieses Projektes zur Errichtung einer Elektro-Ladesäule einen Zuschuss in Höhe von maximal € 2.500,00 je Kommune. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, diesen Zuschuss auf Antrag direkt an die Kommune auszus zahlen. Die Antragstellung durch die Kommune soll bis zum 30.11.2017 erfolgen.
2. An den beiden Kreishäusern in Darmstadt und Dieburg wird im Rahmen dieses Projektes jeweils eine Elektroladesäule errichtet. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, die Entega AG, Frankfurter Straße 110 in Darmstadt mit der Errichtung von zwei Elektroladesäulen zu beauftragen. Die Gesamtkosten für beide Ladesäulen betragen € 5.950,00 (incl. MwSt.).

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 63.450,00 werden gem. § 100 HGO auf dem Produkt 110201 unter der Maßnahme "Bezuschussung bzw. Errichtung von Stromtankstellen" außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen auf dem Produkt 010107 und dem Sachkonto 6161000 (Bauunterhaltung).

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.07

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2017	2018	2019
Sachkonto: 6161000	63.450,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 0793-2017/DaDi

Aktenzeichen: 721-004

Betreff: **Odenwaldbahn 2.0 - Antrag FW-PP**

Beschluss: **zurückgezogen**

Abg. Zwickler (FW-PP) erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg bittet die Verwaltung des Landkreises, folgende Ergänzung des öffentlichen Personennahverkehrs ergebnisoffen zu prüfen:

Auf der vorhandenen Bahnverbindung vom Darmstädter Ostbahnhof zum Bessunger Forsthaus bei Roßdorf erfolgt wieder ein Linienbetrieb. Dort wird der Haltepunkt wieder in Betrieb genommen. Die Verbindung wird nach Osten auf dem noch vorhandenen Gleisbett erweitert, um auf einem etwa einen halben Kilometer langen in Ost-West-Richtung verlaufenden neuen Gleisbett zumindest vorerst auf Höhe der Zahlwaldhalle in Roßdorf zu enden, vgl. Lageplan. Der dort vorhandene Parkplatz wird erweitert, um ein auch unmittelbar von der Bundesstraße 38 erreichbares ausreichendes Park-and-ride-Angebot für PKW und Fahrräder vorzuhalten. Vorbild der einspurigen Bahnverbindung ist die ganz hervorragend angenommene Odenwaldbahn nach Mühlthal. Vom Darmstädter Ostbahnhof aus ist die Entfernung nach Mühlthal etwa gleich groß wie an die Zahlwaldhalle und es gibt ebenfalls einen Zwischenhalt.

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 0794-2017/DaDi

Aktenzeichen: 723-001

Betreff: **Entlastung der Straßen durch erweitertes ÖPNV-Angebot - Antrag FW-PP**

Beschluss: **erledigt**

Abg. Sydow (Grüne) schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann gibt weitere Erläuterungen.

Stellvertretender Vorsitzender Schultze lässt über den Vorschlag von **Abg. Sydow** (Grüne) abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Er stellt nach Abstimmung fest, dass die Vorlage mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der CDU, bei Enthaltung der AfD und von Die Linke und bei Ablehnung der Freie Wähler-Piraten für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg bittet die Verwaltung des Landkreises, sich beim Träger des öffentlichen Personennahverkehrs für die folgenden Erweiterungen des ÖPNV-Angebotes einzusetzen:

1. Die Verbindungen auf der Schienenstrecke RB 75 sollen Montag bis Freitag zwischen 06:00 Uhr und 20:00 Uhr halbstündlich angeboten werden.
2. Zumindest zu den Stoßzeiten sollen die Züge der Odenwaldbahn als Doppelstockwagen verkehren.
3. Der auf der Odenwaldbahn eingesetzte RE 80 soll Montag bis Freitag zwischen 08:00 Uhr und 20:00 Uhr stündlich verkehren.

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.: 0809-2017/DaDi

Aktenzeichen: 510-003

Betreff: **Gründung eines weiteren medizinischen Versorgungszentrums über das Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH in Groß-Umstadt**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Prof. Dr. Battenberg (Grüne) regt an, den Beschlussvorschlag um Ziffer 4 mit dem folgenden Wortlaut zu ergänzen:

„Die MVZ-Gründung kann erst erfolgen, wenn der Kreisausschuss und die Gesellschafterversammlung die in der Begründung dieses Antrags beschriebenen Voraussetzungen festgestellt hat. Darüber muss der Kreistag in seiner nächsten Sitzung informiert werden.“

Stellvertretender Vorsitzender Schultze lässt zunächst über den Vorschlag des **Abg. Prof. Dr. Battenberg** (Grüne) abstimmen, den Beschlussvorschlag um Ziffer 4 in vorstehendem Wortlaut zu ergänzen. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss der Ergänzung mehrheitlich zustimmt.

Stellvertretender Vorsitzender Schultze lässt sodann über den Beschlussvorschlag in geänderter Form abstimmen. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass diesem mehrheitlich zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Zentrum für medizinische Versorgung des Landkreises Darmstadt-Dieburg (MVZ) GmbH (im Folgenden MVZ-GmbH) gründet frühestens zum 01.10.2017 in der Röntgenstrasse 26, 64823 Groß-Umstadt als neue Betriebsstätte ein Medizinisches Versorgungszentrum nach § 95 SGB V bestehend aus der Fachrichtung Kinder- und Jugendheilkunde mit einer Zulassung.
2. Die MVZ GmbH erwirbt die kinderärztliche Einzelpraxis von Herrn Jörn Voigt, Röntgenstrasse 26, 64823 Groß-Umstadt. Der Kaufpreis für die Praxis wird bis zu 150.000,00 EUR betragen und bis zu diesem Betrag vorbehaltlich einer abschließenden Genehmigung der Gesellschafterversammlung der MVZ GmbH genehmigt. Die erforderlichen Mittel zum Ankauf der Praxisanteile in Höhe von insgesamt Euro 150.000,00 sind im Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2017 der MVZ-GmbH bereits eingeplant, da der Wirtschaftsplan einen Rahmen für unvorhergesehene Praxiskäufe beinhaltet. Die Finanzierung erfolgt über die Aufnahme eines Darlehens. Eine entsprechend benötigte Ausfallbürgschaft wird durch die Gesellschafterversammlung den Gremien des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Genehmigung vorgelegt.
3. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wird gem. § 95 Abs. 2 SGB V als Gesellschafter des MVZ eine selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung für Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen gegen das medizinische Versorgungszentrum aus dessen vertragsärztlicher Tätigkeit abgeben. Die anliegende Bürgschaft wird im Wortlaut beschlossen:
4. Die MVZ-Gründung kann erst erfolgen, wenn der Kreisausschuss und die Gesellschafterversammlung die in der Begründung dieses Antrags beschriebenen Voraussetzungen festgestellt hat. Darüber muss der Kreistag in seiner nächsten Sitzung

informiert werden.

Abstimmungsergebnis: Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlages um Ziffer 4:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 0554-2016/DaDi

Aktenzeichen: 031-008

Betreff: **Vierteljahresbericht des III. Quartals 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das III. Quartal 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögenplanes zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 0666-2017/DaDi

Aktenzeichen: 031-008

Betreff: **Vierteljahresbericht des IV. Quartals 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken
Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Herr Landrat Schellhaas gibt den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das IV. Quartal 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögenplanes zu unterrichten.-

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 0682-2017/DaDi

Aktenzeichen: 712-003

Betreff: **K 116 Fahrbahnerneuerung zwischen Otzberg, Ortsteil Ober-Klingen und Höchst, Ortsteil Hassenroth**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Auf Basis der bestehenden Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen wird Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement der Auftrag zur Durchführung der Maßnahme „Fahrbahnerneuerung zwischen Otzberg, Ortsteil Ober-Klingen und Kreisgrenze Richtung Höchst, Ortsteil Hassenroth erteilt.

Der Auftrag umfasst die Bearbeitungsphasen

- Bauvorbereitung
- Vergabe
- Baudurchführung und –abrechnung
- Gewährleistung.

Die Honorarkosten betragen 50.740 €. Die erforderlichen Mittel stehen über das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01

Investitionsmaßnahme: K 116 Ober-Klingen - Kreisgrenze

Aufwendungen	2017	2018	2019
Sachkonto: KIP	9.500,00 EUR	41.240,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 0698-2017/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **K 128 Fahrbahnausbau in der Ortsdurchfahrt (OD) von Roßdorf, Ortsteil Gundernhausen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung mit der Gemeinde Roßdorf und Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement zum Ausbau der OD Gundernhausen im Zuge der K 128 wird zugestimmt.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 0717-2017/DaDi

Aktenzeichen: 712-006

Betreff: **Ausschreibungspflicht bei Kreisstraßenverträgen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas zur Kenntnis:

Zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen auf das Land Hessen besteht seit 1.1.2016 eine neue Rahmenvereinbarung mit dem Land Hessen, die die Beauftragung von Hessen Mobil für einzelne Projekte regelt.

Aufgrund der Nachfrage einiger Revisionsämter wurde von Seiten des Hessischen Landkreistages (HLT) geprüft, ob zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben auf Basis dieses Rahmenvertrags eine Ausschreibungspflicht besteht.

Nach Auskunft des HLT besteht keine Ausschreibungspflicht, da es sich nach Rechtsauffassung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) um einen gesetzlichen Aufgabenübergang nach § 41 Abs. 2 Satz 2 HStrG handelt. Ein Vergabeverfahren ist hier nicht statthaft.

Die Beauftragung von Hessen Mobil für einzelne Projekte kann somit ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens erfolgen.

Das Schreiben des HLT vom 2.2.2017 und der Erlass des HMWEVL vom 8.2.2017 werden in Anlage zur Kenntnis gegeben.

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 0771-2017/DaDi

Aktenzeichen: 819-002

Betreff: **Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt zur Kenntnis:

Seit dem Frühjahr 2016 wurde an der Erstellung eines „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und seine kreisangehörigen Städten und Gemeinden“ gearbeitet. Das Klimaschutzkonzept konnte kürzlich fertig gestellt werden und wird in der Anlage in einer „Vorab-Kurzfassung“ zur Kenntnis gegeben.

Die offizielle Abschlussveranstaltung mit Ergebnispräsentation ist am Donnerstag, 27. April 2017 um 13.30 Uhr im Kreishaus Darmstadt-Kranichstein –Kreistagssitzungssaal.

Mit der Erstellung und fachlichen Ausarbeitung des Klimaschutzkonzeptes war das Büro Infrastruktur & Umwelt, Professor Böhm und Partner, Julius-Reiber-Straße 17 in 64293 Darmstadt beauftragt.

In den vergangenen Monaten konnte das umfangreiche Konzept unter Mitwirkung der 23 kreisangehörigen Kommunen sowie der themenbezogenen regionalen Akteure in einem kontinuierlichen Beteiligungsprozess erarbeitet werden.

Mit dem „Integrierten Klimaschutzkonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden“ sind zielgerichtete, koordinierte und effiziente Maßnahmen zum Klimaschutz erarbeitet, die als strategische Leitlinien für die Klimaschutzaktivitäten des Landkreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden herangezogen werden können.

Das umfassende Klimaschutzkonzept ist gemäß den aktuell gültigen Förderrichtlinien erarbeitet. Es berücksichtigt daher alle klimarelevanten Bereiche der Kommunen.

Bei der Erarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes wurden folgende Arbeitsschwerpunkte berücksichtigt:

1. Erstellung der Energie und CO²-Bilanz
2. Analyse der Potenziale zur Senkung der CO²-Emissionen
3. Betrachtung von Szenarien zur Entwicklung des Energieverbrauchs
4. Erarbeitung eines qualifizierten Maßnahmenkatalogs
5. Entwicklung eines Controlling-Konzepts zur Umsetzung der Maßnahmen
6. Umfassende Beteiligung der regionalen Akteure

Im Ergebnis erhalten alle 23 kreisangehörigen Kommunen mit dem Klimaschutzkonzept eine Informationsgrundlage, einen umfassenden Maßnahmenkatalog mit zahlreichen konkreten Maßnahmenvorschläge sowie individuelle kommunale Energiesteckbriefe.

Die Erstellung des Konzeptes ist durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und

Reaktorsicherheit bzw. dem Projektträger Jülich – Forschungszentrum Jülich GmbH gefördert worden.

Das komplette Klimaschutzkonzept (insgesamt rund 800 DIN A4-Seiten) wird nach der offiziellen Abschlussveranstaltung am Donnerstag, 27. April 2017 auf den Internetseiten des Landkreises Darmstadt-Dieburg (unter www.ladadi.de) für die Öffentlichkeit abrufbar bereitgestellt.

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 0799-2017/DaDi

Aktenzeichen: 229-004

Betreff: **Reform der Pflegeberufe**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt unter Hinweis auf die im Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales getroffenen Vereinbarung das anliegende Rundschreiben des Deutschen Landkreistages 217/2017 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Stellvertretender Vorsitzender Schultze stellt fest, dass kein Bericht zu Schulbauprojekten vorliegt.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Landrat Schellhaas berichtet zum Ausbau der öffentlichen W-LAN-Netze und der Förderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Fünfzehn Kommunen haben einen Antrag auf Förderung fristgerecht gestellt, davon haben sechs Kommunen den Ausbau abgeschlossen und die Förderung erhalten. Eine Kommune hat die Antragsfrist versäumt. **Landrat Schellhaas** schlägt vor, die Antragsfrist bis zum Ende des Jahres zu verlängern. **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** stellt hierzu das Einvernehmen des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses fest.

Abg. Handschuh (CDU) fragt im Rahmen des Sporthallensanierungsprogramms nach dem Sachstand bezüglich der Planungen für die Sporthalle in Roßdorf. **Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann** erläutert, dass zum Beginn der Umsetzung des Sporthallensanierungsprogramms keine Aussage getroffen werden kann. Die Beratungen können gegebenenfalls im Rahmen der Haushaltsplanung 2018 aufgenommen werden.

Stellvertretender Vorsitzender Schultze greift erneut den Vorschlag des Kreistagspräsidiums auf, den Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss einmal im Jahr im Kreishaus Dieburg tagen zu lassen. **Abg. Handschuh** (CDU) schlägt vor, dass der Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss generell im Kreishaus Darmstadt tagt. Sollte der Kreistagssitzungssaal zu einzelnen Terminen nicht zur Verfügung stehen oder andere Gründe für einen Sitzungsortwechsel sprechen, kann auf Alternativen ausgewichen werden. **Stellvertretender Vorsitzender Schultze** lässt über den Vorschlag des **Abg. Handschuh** (CDU) abstimmen. Er stellt nach Abstimmung fest, dass dem Vorschlag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und der AfD und bei Ablehnung der Freie Wähler-Piraten und von Die Linke zugestimmt wird.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen und Anfragen vor.

Stellvertretender Vorsitzender Schultze schließt die Sitzung um 17:09 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 17. Mai 2017

Für die Ausfertigung

gez. Horst Schultze
Horst Schultze
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Cathrin Lorenz
Cathrin Lorenz
Schriftführerin